

**Michel Rocard,**

## **Die Finanzkrise traf uns mitten in einer makroökonomischen Krise**

Wesentliche Inhalte einer in der Pariser Tageszeitung Le Monde am 28.9.2009 erschienen Krisenanalyse in Form eines Interviews.

Originaltitel: „Ce que financera l'emprunt devra être aussitôt productif“.

Michel Rocard war von 1998 – 1991 französischer Premierminister, von 1994 – 2009 PS-Europa-Abgeordneter. Zurzeit ist er Mitglied einer Regierungskommission zur Auflegung einer öffentlichen Anleihe für Zukunftsinvestitionen und einer Kommission zur Ausarbeitung der Modalitäten der CO2-Steuer-Einführung.

Interviewpartner: Françoise Fressoz und Stéphane Lauer.

*Wie sehen Sie die von der G20 beschlossenen Regulierungsmaßnahmen?*

Sie sind zugleich sinnvoll und unzureichend.

Erstens: wenn die G20 von Krise spricht tut sie so, also ob es nur die aktuelle Finanz- und Bankenkrise gebe. Ich bin aber sicher, dass wir für mehrere Jahre eine wirtschaftliche Krisensituation mit sehr hoher Arbeitslosigkeit und einer Quasi-Stagnation haben werden. Zweitens: trotz der beschlossenen Maßnahmen enthält das Bankensystem immer noch die die Krise auslösenden Elemente. Sie müssen beseitigt werden, sonst wird das Krisengeschehen weiter gehen.

*Welche Elemente sind das?*

Die spekulativen Finanzprodukt-Derivate. Ihnen haben wir die Vervierfachung des Ölpreises zwischen 2002 und 2006 und die Verdoppelung der Notierungen für Weizen, Mais oder Soja zu verdanken. Die Spekulation verursachte in einem Dutzend afrikanischer Länder Hungerunruhen mit mehreren Tausend Toten. Das Finanzprodukt-Problem erscheint mir daher essentiell, es wurde von der G20 nicht behandelt.

*Warum halten Sie die Krise für nicht beendet?*

Der wichtigste wirtschaftliche Krisenindikator ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die wird auf absehbare Zeit schlecht sein, weil die Finanzkrise uns mitten in einer makroökonomischen Krise traf, die nicht gelöst war. Seit den 1990-er Jahren mühten sich die Industrieländer vergebens, wenigstens die Hälfte der Wachstumsraten zwischen 1945 und 1975 zu erreichen. Um Konsumnachfrage und damit Wachstum stützen zu können, fehlten in den Industrieländern rund 8% - 9% an Löhnen und Gehältern als Volkseinkommens-/ Sozialproduktsanteil samt den entsprechenden Einnahmen der Sozialversicherungsträger.

Ursache für diese Entwicklung ist die seit 1975 einsetzende „strukturelle und intellektuelle Revolution“. Ab dieser Zeit haben Pensionsfonds, Investitionsfonds und Hedgefonds in den multinationalen Unternehmen das Sagen und seither gilt nur noch: immer mehr und mehr Dividende „produzieren“.

Damit einher gingen gravierende innerbetriebliche Umstrukturierungen. In den Führungen der Großunternehmen setzte sich die Meinung durch, die Entlohnung ihrer Hilfs- und Routinearbeiter verrichtenden Arbeitnehmer könne nicht deswegen hoch sein, weil sie einem technologisch hoch entwickelten Unternehmen angehörten. Daher lagerten sie solche Tätigkeiten in selbständige Klein- oder Mittelbetriebe – ohne Gewerkschaften - aus, in denen geringer entlohnt wurde. Ein neuer Typ von Arbeitnehmern, das arbeitende Prekariat, entstand, es macht heute in den entwickelten Ländern 15% - 20% der Beschäftigten aus. Daneben entwickelte sich eine neue Armen-Schicht: gesunde Erwachsene, die ganz vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

All diese Faktoren verminderten die Konsumnachfrage und schufen ein gesellschaftliches Angst- und Unsicherheitsklima, das wirtschaftliches Engagement entmutigte und erstickte. Diese wirtschaftlich-gesellschaftliche Lage ging der Finanzkrise voraus, die Finanzkrise traf also auf schon geschwächte Gesellschaften.

*Und Sie wollen, dass sich die G20 auch mit dieser Lage beschäftigt?*

Auf jeden Fall, denn die Meinung des (neoliberalen) Mainstreams, mehr Markt (und weniger Staat) vermindere die Arbeitslosigkeit, ist grundfalsch.

*Was sollte getan werden?*

Zum Beispiel unterstütze ich den Ökonomen Michel Aglietta mit seiner Forderung nach einer an den Produktivitätsfortschritt gekoppelten Indexierung der Löhne und Gehälter. Dieser Vorschlag wird natürlich sofort auf vielfältige Ablehnung stoßen, weil mächtige Interessen beeinträchtigt werden. Die Wahlen zum EU-Parlament zeigten leider, dass die Wähler wie von Sinnen monetaristisch inspirierte Parteien wählten, genau die Kräfte, die ihnen die Krise eingebrockt haben. Man wird Jahre brauchen, um die eingefahrenen Mentalitäten in den Köpfen zu verändern.

*Warum hält sich der Monetarismus so hartnäckig?*

Milton Friedman verkündete: „Wir haben ein wunderbares Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, durch den wir 100 bis 150 mal besser leben, als unsere Urgroßeltern. Deren Lebensniveau war nur 1 - 2 mal höher als in der Revolutionszeit...“ Für Friedman ist der

Kapitalismus trotz seiner Krisen und der ihm innewohnenden Gewalt „ein Wunder“. Er hält ihn für so effizient, dass alle von ihm nur profitieren können – vorausgesetzt, er wird mit dem richtigen Treibstoff versorgt und dieser Treibstoff ist für ihn „der Profit“. Mit der Botschaft, jedermann könne sich bereichern, gewann Friedman die Gehirne seiner Zeitgenossen. Denn offensichtlich kann niemand gegen das „Recht“ sein, reich zu werden.

*Aber entwickeln und ändern sich zurzeit nicht die Einstellungen der Menschen?*

Ja, es ist ein ermutigendes Zeichen, dass etwa die Nobelpreis-Jury gegenüber dem Monetarismus jetzt eine entschieden feindliche Haltung einnimmt. Doch das allgemeine Denken der Menschen verändert sich nur langsam. Ich vermute, dass es 30 – 40 Jahre dauern wird, bis die Regierungen dieser Welt einen neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Konsens gefunden haben. Leider hat sich die Nationalökonomie in den letzten Jahren fast ausschließlich auf eine Mathematisierung ihrer Hypothesen-Modelle beschränkt und sich von anderen Zweigen der Sozialwissenschaften (Anthropologie, Ökologie, Politologie, Soziologie) völlig abgekoppelt. Vor allem aber hat sie sich nicht mehr um die gesellschaftlichen Konsequenzen ihrer „Ratschläge“ gekümmert und überließ diese lieber Wohltätigkeitseinrichtungen oder der Polizei. Eine mentale Umkehr wird dauern.

*Ist der schlechte Zustand der Linken auf das verbreitete monetaristische (neoliberale) Denken zurückzuführen?*

In Europa ist das von Land zu Land unterschiedlich, die französischen Sozialisten befinden sich zur Zeit einer schweren Krise. Es gibt jedoch in Europa auch Sozialdemokraten, die aufgrund ihres intellektuell-ökonomischen Handwerkszeugs die Krise vorhersagen konnten und deren Denken nicht vom Monetarismus verseucht („pollué“) ist.

*Warum arbeiten Sie als PS-Mitglied in der Regierungskommission zur Aufnahme einer großen öffentlichen Anleihe mit und helfen damit indirekt Nicolas Sarkozy?*

In allen großen Demokratien ist es üblich, dass für die Ausarbeitung großer nationaler Projekte gemischte Kommissionen mit Mitgliedern aus Regierungs- und Oppositionsparteien gebildet werden... Zum Fall Sarkozy folgendes: Sarkozy ist Jurist und hatte ursprünglich mit Wirtschaft nichts am Hut. Er merkte jedoch bald, dass er sich für eine Karriere in der gaullistischen Partei ökonomische Kenntnisse aneignen musste. Da er den traditionellen Gaullismus nicht mochte, ließ er sich vom Anführer des neoliberalen UMP-Flügels, Madellin, beraten. Doch als die Krise da war, brauchte Sarkozy nur 5 Tage, um zu begreifen, dass genau das, was ihm Madellin in Sachen Wirtschaft beigebracht hatte, total Schiffbruch erlitt. Wenn

ich heute in Regierungskommissionen tätig bin, so auch mit der Intention, das analytische Ökonomie-Denken der Rechten weiter zu entwickeln...

*Beunruhigt sie die Größe des französischen Schuldenbergs?*

Schon, denn je mehr der Staat pleite ist, desto mehr Macht bekommen die Märkte und es ist schon beunruhigend, dass heute alle europäischen Staaten mit 70% - 80% verschuldet sind... Zwischen Deutschland und Frankreich wird es sicher Divergenzen darüber geben, wie die Krise zu bewältigen ist. Angela Merkel hat sich noch nicht von monetaristischen Dogmen freimachen können, während Sarkozy jetzt diese Schule eher geringschätzig betrachtet. Das könnte noch gefährlich werden.

*Ist es sinnvoll, in der gegenwärtigen Lage eine große öffentliche Anleihe auflegen zu wollen?*

Das erscheint zwar paradox ist aber vor dem Hintergrund von 15 Jahren restriktiver französischer Haushaltspolitik, in denen als nicht notwendig erachtete öffentliche Bereiche geopfert wurden, sinnvoll. Zwar können im gegenwärtigen Kontext keine größeren Summen aufgebracht werden, doch muss eine Finanzierungsmöglichkeit für gesellschaftlich notwendige Zukunftsinvestitionen gefunden werden.

*An welche Summen denken Sie?*

Die genaue Summe steht noch nicht fest, jedenfalls keine 100 Milliarden Euro wie zu hören war. Wir werden darauf achten, dass nur langfristige Projekte mit Zukunftsperspektive finanziert werden. Was mit dieser öffentlichen Anleihe finanziert wird, soll in kurzer Zeit produktiv sein. Eine Ausnahme bilden die Universitäten, die in Frankreich endlich mit den notwendigen Finanzressourcen ausgestattet werden müssen.

*Sollten zur Defizitreduktion Steuern erhöht werden?*

Das hängt in großem Maße von der Entwicklung der Zinssätze ab. Bleiben sie weiter auf sehr niedrigem Niveau, besteht keine Eile. Schwieriger wird es dann bei hohen Zinssätzen.

*Die von Ihnen empfohlene CO2-Steuer ist sehr unpopulär. Ärgert Sie das?*

Nein, eine Diskussion ist noch zu früh, wir haben die Modalitäten der Kaufkraftkompensation bei der Steuer- Einführung noch nicht ausdiskutiert. Erst danach kann man über diese Steuer streiten.